

SOLIDARITÄT



**Organ des Verbandes der graphischen Hilfs-
Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands**

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3 gespaltene Pettizeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 26 • 38. Jahrgang

Berlin, den 25. Juni 1932

Gewerkschaftliche Einheitsfront gegen die Notverordnung

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stellen einmütig fest, daß die in der Notverordnung enthaltenen Abbaumaßnahmen und Neubelastungen die schlimmsten Befürchtungen, die die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft auf Grund der programmatischen Erklärung der Reichsregierung hegen mußte, weit übertreffen. Damit hat sie den Kampf aufgenommen gegen die sozialen Einrichtungen des Staates, den sie als „soziale Wohlfahrtsanstalt“ bezeichnet hat. Dieser Angriff muß von den Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten als eine Herausforderung empfunden und mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Die unter größten Opfern von den Arbeitern aufgebauten sozialen Versicherungseinrichtungen sind in ihren Grundlagen bedroht. Die Arbeitslosenversicherung ist praktisch beseitigt. Die Arbeitslosen werden rücksichtslos der „Armenpflege“ überlassen. Die steuerlichen Neubelastungen sind vornehmlich den Leistungsschwachen Schichten auferlegt.

Berlin, den 20. Juni 1932

Kein Arbeitsbeschaffungsplan, auch sonst kein aufbauender, in die Zukunft weisender Gedanke, der eine Besserung der furchtbaren Wirtschaftslage und ein Ende der immer fortschreitenden Verelendung des Volkes erhoffen läßt, ist zu erkennen.

Die Gewerkschaften wissen, daß die Not der Zeit Opfer fordert. Aber sie verlangen im Geist wahrer Volksgemeinschaft eine sozial gerechte Verteilung unvermeidbarer Lasten. Ein Staat, der sich in erster Linie zum Schutz des Besitzes bereithält, verkennt seine vornehmste nationale Aufgabe.

Die Gewerkschaften appellieren an alle Kräfte in Staat und Volk, denen die Einheit des Volkes und das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt, sich mit ihnen in der Bekämpfung dieser sozialen Unrechte zu vereinen. Sie sind entschlossen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den breiten Massen des Volkes wieder den Lebensraum zu verschaffen, der die unerläßliche Voraussetzung für die Gesundung von Wirtschaft und Staat ist.

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. - Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände. - Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. - Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter.**

Der Reichstarif im Buchdruckgewerbe verlängert

Der für den Tarifstreit bestellte
Besondere Schlichter Frankfurt a. M., den 23. Juni 1932.

In dem Tarifstreit zwischen
dem Deutschen Buchdrucker-Verein E. V. einerseits und
dem Verband der Graphischen Hilfsarbeiter und
-arbeiterinnen Deutschlands,
dem Graphischen Zentralverband andererseits,
sahnte die Schlichterkammer, die sich zusammensetzte aus
den Herren:

Bucher, Hornle, Hornbach als Arbeit-
nehmerbeisitzer,
Dr. Simon, Dr. Petersmann, Dr. Woelk
als Arbeitgeberbeisitzer,
Dr. Kimnich als Vorsitzender
folgenden

Schiedspruch,

den der Vorsitzende in öffentlicher Sitzung verkündete:

- Die in der Vereinbarung zwischen dem Deutschen Buchdrucker-Verein und den beiden Gehilfenverbänden vom 14. Mai 1932 in den §§ 1, 3, 6 und 8 sowie in der Protokollklärung zu § 10 Ziffer 3 des Deutschen Buchdrucker-Tarifs vorgesehenen Änderungen gelten auch für den Reichstarif für das deutsche Buch- und Zeitungsdruckerei-Hilfspersonal.
- Der so geänderte Reichstarif vom 8. März 1930 mit seinen Protokollklärungen wird bis 30. April 1933 mit der Maßgabe verlängert, daß über die endgültige Nachprüfung und Regelung des § 4 Ziffer 1 bis 5 die Schlichterkammer unter dem Vorsitz des Sonderschlichters Dr. Kimnich bindend entscheidet. Die Entscheidung ist so rechtzeitig herbeizuführen, daß die Neuregelung bis 16. September 1932 wirksam wird.
- Diese Regelung gilt ab 1. Mai 1932 mit der Maßgabe, daß Abzüge und Nachzahlungen für die Zeit vom 1. Mai bis 23. Juni 1932 nicht vorgenommen werden.

In der Zwischenzeit getroffene Vereinbarungen bleiben bis zur endgültigen Regelung gemäß Ziffer 2 bestehen.

- Die beiderseitigen Kündigungen gelten als zurückgenommen. Maßregelungen finden nicht statt. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Die aus Anlaß dieses Tarifstreites bereits aus den Betrieben ausgeschiedenen Arbeitnehmer sind nach Maßgabe der betrieblichen Möglichkeiten wieder einzustellen.

geg. Dr. Kimnich.

Den Parteien wird zur Abgabe einer Erklärung
über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches
eine Frist bis

Donnerstag, den 23. Juni 1932, 24 Uhr
gesetzt.

Mit vorstehender Entscheidung hat der Konflikt im Buchdruckgewerbe über den Reichstarif für das Hilfspersonal seinen Abschluß gefunden. Der vom Reichsarbeitsminister auf Antrag der Hilfsarbeiterorganisationen eingesetzte Sonderschlichter hatte die Parteien zum 22. Juni nach Frankfurt a. M. eingeladen, wo erneut Verhandlungen über die beiderseitigen Anträge stattfanden. Die Unternehmervertreter brachten die bekannten und schon oft zurückgewiesenen Behauptungen über die „überhöhten“ Löhne des Hilfspersonals zum Vortrag und vertraten hartnäckig ihre Forderung auf beträchtlichen Lohnabbau, den sie sich am besten und wirksamsten von einer bezirklichen oder örtlichen Regelung versprochen. Dabei verwiesen sie auf zahlreiche Vereinbarungen in manchen Betrieben und Orten, die entgegen der Meinung der Zentrale ein erheblicher Teil des Hilfspersonal abgeschlossen haben sollte. Genaue Angaben darüber, wo diese „Verständigungen“ erfolgt sind, lehnten sie ab. Ihnen wurde aber deutlich gesagt, auf welche unfaire Art mancher Druckereibesitzer erfolgreich in dieser Richtung gearbeitet hat und daß sie sich auf solche Art zustande gekommene „Verträge“ nichts einzubilden brauchen. Bei den bekannten Gegensätzen kam es zwischen den Parteien zu keiner Verständigung. In einer vom Schlichter vorgeschlagenen kleinen Kommission wurden die Beratungen, die sich bis Mitternacht hinzogen, fortgesetzt und am folgenden Tage weiter-

geführt. Die Vorarbeiten in dieser Kommission führten dann zu der Entscheidung in der Schlichterkammer, die von beiden Parteien angenommen wurde.

Damit ist der tarifliche Zustand für die Hilfsarbeiter im Buch- und Zeitungsdruckgewerbe wieder hergestellt. Die Lohnbestimmungen für das Hilfspersonal, um die der Kampf entbrannt war, bleiben unverändert bis 16. September. Bis zu diesem Zeitpunkt entscheidet dieselbe Schlichterkammer unter dem Vorsitz des Schlichters Dr. Kimnich über eine bindende Lohnregelung für die spätere Zeit. Die Bestimmungen über die §§ 1, 3, 6 und 8 sowie die Protokollklärung zu § 10, Ziffer 3 des Buchdrucker-Tarifs werden sinngemäß auf den Reichstarif für das Hilfspersonal übernommen, so daß wieder die gleichen Arbeitsbedingungen für Gehilfen und Hilfsarbeiter in den Druckereibetrieben bestehen. Der Tarif hat Geltung ab 1. Mai, doch dürfen in der Zeit vom 1. Mai bis 23. Juni erfolgte Mehrzahlungen oder Abzüge nicht in Anrechnung gebracht werden. Vereinbarungen, die in diesem Zeitraum in einzelnen Orten oder Betrieben getroffen wurden, bleiben bestehen und erfahren keine Veränderung. Mit Ausnahme der Bestimmungen im § 4 Ziffer 1 bis 5 des Reichstarifs, die endgültig bis 16. September geregelt werden, hat der Tarif Geltung bis 30. April 1933.

Alle Kampfhandlungen müssen eingestellt werden, die Kündigungen von beiden Seiten werden zurückgenommen. Maßregelungen finden nicht statt. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen, ausständige Arbeiter und Arbeiterinnen müssen wieder eingestellt werden. Der Tarifkampf hat damit sein Ende gefunden.

Da diese Ausgabe der „Solidarität“ wegen der Verhandlungen stark verzögert herauskommt und die Verbandszeitung, um die Mitglieder schnellstens zu unterrichten, nicht länger zurückgehalten werden kann, ist es auch nicht möglich, zu dem Ergebnis ausführlicher Stellung zu nehmen. Das wird nachgeholt werden. Die Entscheidung der Schlichterkammer ist für die Parteien Tarifgesetz, die in dem Schiedspruch festgelegten Bestimmungen sind daher von den Verbandsmitgliedern genau innezuhalten, die gleiche Verpflichtung besteht für die Parteipräzidenten. Vom Verbandsvorstand wird den Mitgliedschaften eingehende Information sofort zu gehen.

Kampfaufruf der freien Gewerkschaften gegen die Reaktion

Die programmatische Erklärung der neuen Reichsregierung ist eine offene Kampfanlage an die gesamte deutsche Arbeiterschaft.

Man muß weit zurückgehen in der deutschen Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, um auf Regierungsäußerungen zu stoßen, die einen ähnlich reaktionären Geist verraten. Sie erinnern in ihrer Sprache und in ihrer Tendenz an die Zeiten des Kulturkampfes und des Sozialistengesetzes.

Das neue Kabinett wird bezeichnet als eine Regierung der „nationalen Konzentration“. Tatsächlich vertritt die neue Regierung die Gruppen des Volkes, die bewußt gegen eine Konzentration „aller aufbauenden und staatsverhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte“ in Deutschland gerichtet sind. Der Schutz und die Fortentwicklung der Weimarer Verfassung, die das Volk souverän erklärte, ist einer Regierung anvertraut, deren Verfassungsminderer sich offen zur Monarchie als der besten Staatsform bekennen.

Dieser Einstellung entspricht der Geist ihres Programms. Es ist der Geist des bewußten Klassenkampfes von oben.

Der angeblich „gemeinschaftsfeindliche“ Klassenkampf, der der deutschen Arbeiterbewegung zum Vorwurf gemacht wird, ist nichts anderes als der gesellschaftliche Zustand während der Herrschaft des kapitalistischen Systems, das die Nation in soziale Klassen spaltet. Das Ziel der Arbeiterbewegung ist die Überwindung dieses Systems, die Beseitigung der Klassencheidung und der Klassenkämpfe. Die Arbeiterbewegung war und ist eine der großen schöpferischen Energien der modernen deutschen Geschichte. Ihr Ziel war und ist, die deutsche Arbeiterschaft aus einer geknechteten Klasse zu einer „nationalen Klasse“ zu machen, zu einem gleichberechtigten Faktor im Leben der Nation. Ihr Ziel ist eine soziale Lebensordnung unseres Volkes, in der die Verfassung der Wirtschaft wie des Staates von demokratischem Geist bestimmt und die Rechte der Gesamtheit ebenso gewahrt sind wie die Rechte des Einzelnen. Der Kampf der Arbeiterbewegung ist kein Hemmnis, sondern die Voraussetzung für den organischen Aufbau eines sozialen deutschen Volksstaates, eines neuen Deutschlands.

Am 14. Juni 1932 trat der Bundesauschuss des ADGB zu seiner 7. Tagung in Berlin zusammen. Leipart sprach über die

Ereignisse der letzten Monate

seit die Gewerkschaften den Schrei nach Arbeitsbeschaffung erhoben haben. Er berichtete über die Beratungen der Spitzenorganisationen mit dem Kabinett Brüning, in denen mit großem Nachdruck von Seiten der Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen zu den geplanten Notverordnungen Stellung genommen wurde. Insbesondere haben sie sich entschieden für die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung eingesetzt. Die Regierung Brüning hat nach ihrem Sturz in einer besonderen Erklärung darauf hingewiesen, daß sie ein Programm zur

Arbeitsbeschaffung

für 600 000 Arbeitslose vorbereitet und auch die Finanzierung bereits geklärt habe. Es versteht sich von selbst, daß die Gewerkschaften an ihrem Programm der Arbeitsbeschaffung festhalten. Sie werden dieses Programm auch gegenüber der neuen Regierung mit der gleichen Entschiedenheit vertreten, mit der sie sich auch weiterhin für die Arbeitszeitverkürzung einsetzen wollen. Über

die programmatische Erklärung der neuen Regierung braucht kein Wort verloren zu werden. In diesem Kreise ist niemand, der den „neuen Kurs“ nicht auf das Schärfste verurteilt. Der Bundesauschuss wird diese Tagung benutzen, um seine Auffassung von der grundsätzlichen Neuorientierung entschieden zum Ausdruck zu bringen.

Ein neuer Wahlkampf steht bevor. Er wird mit größerer Heftigkeit geführt werden als je ein Wahlkampf bisher.

Für dieses Deutschland hat die deutsche Arbeiterschaft im Kriege ihr Leben eingesetzt. Sie hat die Männer gestellt, die nach dem Zusammenbruch in vorbestimmter Linie den Kampf um die Einheit unseres Staates und die Freiheit unseres Volkes führten. Sie hat im Kampfkampf fremder Willkür Halt geboten. Sie war, abseits aller nationalen Phrasen, die stärkste Stütze des deutschen Staates in allen Gefahren der Nachkriegszeit. Es gibt keine nationale Konzentration ohne die deutsche Arbeiterschaft.

Die jegige Regierung steht zu dem neuen Deutschland, zu dem Gedanken des sozialen Volksstaates in schärfstem Gegensatz. Sie verneint seine Grundlagen, die in der sozialen Gesetzgebung der Nachkriegszeit geschaffen worden sind. Jede Ministerrede beweist von neuem, daß die Regierung entschlossen ist, das deutsche Arbeits- und Sozialrecht zu beseitigen, das in der Weimarer Verfassung begründet ist. Sie wird sich an die Buchstaben der Verfassung halten, um ihren Geist bestmöglich auszutreiben.

Das ist der Sinn ihres angefeindeten Kampfes gegen den „Staatssozialismus“, gegen den Staat als „Wohlfahrtsanstalt“. Indem sie diese Phrasen der nationalsozialistischen und deutschnationalen Agitation übernimmt, macht sich die Regierung zum Wortführer der erklärten Feinde der Verfassung. Diesen arbeitserfeindlichen Parteien zuliebe, denen sie den Ehrennamen „nationale Bewegung“ gibt, hat sie den Reichstag aufgelöst. Sie „schützt“ die Verfassung, indem sie ihren Feinden Vorschub leistet.

Angelehnt der ungeheuren Opfer, die die Arbeiterschaft in den letzten Jahren mit einer in der ganzen Welt bewundernden Disziplin auf sich genommen hat, spricht die Regierung von „moralischer Zermürbung des deutschen Volkes“. Sie will den sogenannten „Staatssozialismus“ und die sozialen Leistungen an die Arbeitslosen, die Arbeitsinvaliden und Kranken für diese „Schwächung der moralischen Kräfte der Nation“ verantwortlich machen. Diese Sprache führt eine Regierung, die sich auf die Kreise der Großindustriellen, der Großagrarien und der pensionierten Offiziere und Generale stützt, von denen die einen Milliarden an Sub-

ventionen geschluckt haben, während die Mehrzahl der anderen im geschützten Besitz ihrer Pensionen alle ihre Kräfte gegen die Verwirklichung des Volksstaates einsetzten.

Das zeigt, in welchem Sinne diese Reichsregierung „den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen der wertaktiven Bevölkerung“ zu führen gedenkt. Weiterer Lohnabbau für die noch in Arbeit Stehenden, weitere Kürzung der Renten für die Arbeitslosen und die Sozialrentner, Vernichtung des kollektiven Arbeitsrechts, mit einem Wort: soziale Entrechtung der Arbeiterschaft und rücksichtslose Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, gleichzeitig aber Schonung und Schutz der Bestehenden, insbesondere der Großagrarien — das ist der Sinn des neuen Kurses, der „grundsätzlich neuen Richtung der Staatsführung“!

Die Regierung beruft sich auf „die unveränderlichen Grundzüge der christlichen Weltanschauung“, die sie zur Grundlage ihres neuen Deutschlands machen will. Die „christliche Weltanschauung“ dieser Regierung läßt sich auf die einfache Formel bringen: „Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat.“ Die geistige Freiheit soll auf allen kulturellen Gebieten des öffentlichen Lebens in Anrechtlosigkeit und Minderwertigkeit werden. Die Anpassung des staatlichen Lebens an die Armut der Nation soll durch die Anpassung des kulturellen Lebens an die geistige Armut der Kreise, auf die die Regierung sich stützt, bekräftigt und bestiegelt werden.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Gegen diesen Generalangriff der sozialen und kulturellen Reaktion, gegen diese Regierung, die den Geist der Vergangenheit zu neuem Leben erwecken will, gegen diese Fanatiker des Rückschritts gilt es alle Kräfte der Arbeiterschaft zu einmütigen Widerstand zusammenzufassen. Der frevelhafte Versuch, das Rad der Geschichte um ein halbes Jahrhundert zurückzudrehen, muß scheitern an der vereinten Kraft eures unbeflegbaren Willens.

Eure Losung muß sein: Durch Einigkeit und Disziplin zur Freiheit!

Es müssen selbstverständlich von der gesamten Arbeiterbewegung alle Kräfte angepaßt werden, denn es ist ein Schicksalskampf der deutschen Arbeiterschaft. Die Erregenschaften von Jahrzehnten stehen auf dem Spiele.

Am 9. und 10. Juni hat der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin getagt und auch über das Reparationsproblem beraten. Die Beratungen haben zu einer Entschließung geführt, die in der Forderung gipfelt, daß endlich ein Schlußstrich unter die Reparationen gezogen wird.

Schlimme (Bundesvorstand) ergänzte die Ausführungen des Vorsitzenden durch einen Bericht über die Beschlüsse und Maßnahmen der in der Eisernen Front zusammengeschlossenen Organisationen.

Leipart teilt mit, daß die kommunistische Opposition und der Parteivorstand der SAP — je für sich — an den Bundesvorstand Einladungen zur Errichtung der „Einheitsfront“ der Arbeiterschaft gerichtet haben. Der ADGB, hieß es in dem Schreiben dieser Parteigruppen, sei berufen, die Initiative bei diesem Versuch zu ergreifen. Der Bundesvorstand sei jedoch der Auffassung, daß diese Gruppen am wenigsten berechtigt seien, nach einer „Einheitsfront“ zu rufen, auch sei genügend klar, was sie darunter verstehen. Ein Eingehen auf ihre Anregungen sei nicht eher möglich, bevor nicht diese Parteispalter durch ihre Verhalten bewiesen hätten, daß sie ihre sinnlosen Angriffe gegen die Gewerkschaften einzustellen gedenken. In der

Distinktion

wird diese Auffassung bekräftigt. Namentlich könne von einem Zusammenwirken mit den Parteigruppen von der

ADGB bis zur SAP so lange keine Rede sein, wie sich hinter der Forderung der „Einheitsfront“ nur eine andere Methode verbirgt, nach altem kommunistischem Rezept in die Gefährlichkeit der Gewerkschaften einzubrechen. Bei dieser Gefährlichkeit der Gewerkschaften liege die Gewähr für die Einheit des Kampfes der Arbeiterschaft. Dieser Standpunkt schließt nicht aus, daß die Gewerkschaften dem ehrlichen Einheitsstreben, das sich in der Arbeiterschaft rührt, ein aufmerksames Ohr leihen werden.

Der große Ernst der politischen Situation wird in der Aussprache wiederholt betont. In den kommenden Kämpfen werde die Arbeiterbewegung ihre Macht bis zum äußersten einsetzen müssen, um die Gefahr zu bannen, die ihr von dem Regime der Reaktion drohe. Die Arbeiterschaft habe aber auch bewiesen, daß sie zu kämpfen wisse. Weltweit wird mit ruhiger Bestimmtheit die Überzeugung ausgesprochen, daß es der Arbeiterbewegung gelingen wird, die großen Kämpfe, denen sie entgegensteht, erfolgreich zu bestehen. Die Gewißheit, daß die Arbeiterbewegung allen ihren Feinden auf die Dauer an innerer Gefolgschaft und geistiger Schöpferkraft überlegen ist, bildet den Grundton der Aussprache. Der Arbeiterschaft alle Machtmittel der Arbeiterbewegung aufzubieten, wird mit größter Entschiedenheit Ausdruck verliehen.

Die Aussprache schloß mit der einmütigen Annahme der vom Bundesvorstand vorgelegten

Rundgebung der Gewerkschaften

gegen den angefeindeten neuen Kurs der jegigen Reichsregierung.

(Schluß folgt.)

Maßnahmen der neuen Notverordnung

1. Versorgung der Arbeitslosen

Die Herren vom Adel haben am 14. Juni der deutschen Arbeiterschaft neue Not verordnet. Es ist überflüssig zu sagen, daß sich ihre Maßnahme nur gegen die Arbeiter und Angestellten richtet. In der Arbeitslosenversicherung wird eine Senkung der Unterstützungssätze auf die Höhe der Krisenfürsorge vorgenommen, und zwar auf die neuen Sätze der Krisenfürsorge, die ihrerseits um 10 Proz. gegenüber den augenblicklichen Sätzen gesenkt werden sollen. Die Senkung in der Versicherung beträgt damit im Durchschnitt 23 Proz.; sie geht teilweise bis zu 50 Proz. der bisherigen Sätze. Außerdem wird noch eine Staffellung nach Ortsklassen durchgeführt. Der Durchschnittsunterstützungssatz pro Kopf und Monat, der in der Arbeitslosenversicherung bisher 53 M. und abzüglich der 4,24 M. betragenden Sozialbeiträge 48,76 M. betrug, wird damit auf einen Nettosatz von 37,54 M. herabgedrückt.

Auf diese Unterstützungssätze besteht nun in der sogenannten Versicherung ein Anspruch nur während

6 Wochen. Alsdann setzt die Prüfung der „Hilfsbedürftigkeit“ ein, d. h. Bedürftigkeitsprüfung im Sinne der kommunalen Fürsorge. Durch diese Prüfung wird nicht nur ein Teil der Arbeitslosenunterstützungsempfänger ausgeschlossen, sondern selbstverständlich auch der Durchschnittsunterstützungssatz weiter gedrückt, und zwar mindestens auf den Satz der kommunalen Fürsorge. Denn das in der kommunalen Bedürftigkeitsprüfung vorgesehene Anrechnungsverfahren, das zudem ja auch von den Gemeinden durchgeführt werden soll, läßt es nicht zu, daß eine Unterstützung gezahlt wird, die über dem Richtsatz der Fürsorge liegt. Auch die Krisenfürsorge unterscheidet sich in Zukunft nicht mehr zu ihren Gunsten von der Wohlfahrtsfürsorge, weil bestimmt wurde, daß die Höhe der Krisenfürsorge die Wohlfahrtsfürsorge nicht übersteigen dürfen. Oberste Grenze sind also unter allen Umständen die Sätze der Wohlfahrtsfürsorge, die ihrerseits um 15 Proz. gesenkt werden müssen. Diese Sätze sind aber nicht einmal auch die unterste Grenze für die aus der Arbeitslosenversicherung und der Krisenunterstützung gezahlten Sätze, vielmehr behält das Lohnklassensystem insoweit seine Be-

deutung, als es vielfach, wenigstens in den unteren Klassen, zu einer Unterstützung führen kann, die unter den Sätzen der Wohlfahrtsfürsorge gelegen ist.

Erkennt man den Zusammenhang dieser Vorschriften, so wird es deutlich, daß von der Arbeitslosenversicherung in Wirklichkeit nichts mehr übriggeblieben ist, d. h. mit einer großen Einschränkung. Übriggeblieben ist nämlich der 6 1/2-prozentige Versicherungsbeitrag, übriggeblieben ist ein jährliches Beitragsaufkommen von 1 083 Millionen Mark, das nun, selbst wenn man die ersten sechs Wochen des Bezugs noch als Versicherungsbeitrag anerkennt, doch zu etwa zwei Drittel ausschließlich rein fürsorglichen Zwecken zugeführt wird. Das Unterstützungsniveau und die Unterstützungsvoraussetzungen der Versicherung entsprechen im wesentlichen denen einer erheblich verschlechterten Wohlfahrtsfürsorge, die sich nicht mehr grundsätzlich von der Armenpflege der Vorkriegszeit unterscheidet. Durch eine sogenannte Abgabe zur Arbeitslosenhilfe sollen die fehlenden Mittel aufgebracht werden, die ihrem Wesen nach nichts anderes ist als die von der Regierung Brüning geplante Beschäftigtensteuer.

Befreit sollen von dieser Beschäftigtensteuer nur bleiben die Lehrlinge, die geringfügigen Beschäftigten und die vorübergehenden Dienstleistungen. Im übrigen sollen ihr unterliegen alle Lohn- und Gehaltsempfänger sowie Empfänger von Ruhegeld oder ähnlichen Bezügen einschließlich der Beamten. Die Abgabe beträgt bei einem Monatsgehalt bis zu 125 M. = 1,5 Proz., bis zu 300 M. = 2,5 Proz., bis zu 700 M. monatlich für die ersten 300 M. = 2,5 Proz., für den darüber hinausgehenden Betrag 5,75 Proz., bis zu 3000 M. monatlich 5,75 Proz. vom Gesamteinkommen und über 3000 M. monatlich 6,5 Proz. vom Gesamteinkommen. Für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, der Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, deren Gehalt oder Lohn auf Grund der früheren Notverordnung zu kürzen war, bleibt die Abgabe auf 1,5 Proz. des Einkommens beschränkt.

II. Sozialversicherung

Nicht viel weniger schonungslos als der Abbau der gesamten Arbeitslosenunterstützung sind die Eingriffe in die Leistungen der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Rentenversicherung und der Unfallversicherung. In der Invalidenversicherung wird der Grundbeitrag der Invalidenrente für alle Lohnklassen auf 84 M., der Kinderzuschuß auf 90 M. im Jahre beschränkt (bisher 188 bzw. 120 M.). Demnach wird bei den neuen Renten der Grundbeitrag um 7 M. monatlich und der Kinderzuschuß um 2,50 M. monatlich gekürzt. Bei den laufenden Renten findet eine Kürzung der Invalidenrenten um 6 M., der Witwenrenten um 5 M., der Waisenrenten um 4 M. für den Monat statt. Die Durchschnittsinvalidenrente sinkt damit von 39 M. auf 33 M. Der Anteil der Witwen- und Waisenrente an der Hauptrente (bisher sechs Zehntel und fünf Zehntel) wird auf fünf Zehntel und vier Zehntel herabgesetzt.

In der Angestelltenversicherung wird der Grundbeitrag des Ruhegeldes für alle Gehalts- und Beitragsklassen auf 396 M. im Jahre, der Kinderzuschuß auf 90 M. im Jahre festgesetzt. Auch werden die Witwen- und Witwenrenten auf fünf Zehntel, die Waisenrenten auf vier Zehntel des Grundbetrages und des Steigerungsbetrages des Ruhegeldes beschränkt. Bei Wanderversicherung tritt in Zukunft zur Rente aus der Angestelltenversicherung der Steigerungsbetrag aus der Invalidenversicherung erst dann, wenn auch die Leistungsvoraussetzungen der Invalidenversicherung erfüllt sind, und zwar wird er insoweit gewährt, als er bei dem Ruhegeld 5 M., bei der Witwen- und Witwenrente 3 M. und bei der Waisenrente 2 M. im Monat übersteigt. Da diese Kürzungen nicht zugunsten des Reichs, sondern zugunsten der Träger der Invalidenversicherung erfolgt, ergibt sich hier eine gewisse Entlastung dieser Versicherung. In der knappschaftlichen Rentenversicherung werden die Renten ebenso gekürzt wie in der Invalidenversicherung.

In der Unfallversicherung werden die Renten für Unfälle aus der Zeit vom 1. Juni 1927 bis zum 31. Dezember 1931 um 15 Proz., die Renten für die übrigen Unfälle um 7 1/2 Proz. gekürzt.

Eingeführt wird wieder die Salzsteuer mit 12 Pf. je Kilogramm. Von den sonstigen Maßnahmen der Notverordnung erwähnen wir noch, daß die Pfändungsgrenze bei Lohn und Gehalt von 195 auf 165 M. monatlich herabgesetzt wurde. Die Kirchensteuer ist unbeschränkt pfändbar. Die Belastung der großen Masse ist zusammengefaßt folgende: Der Sozialabbau bei der Arbeitslosenunterstützung, der Sozialversicherung, Kriegsbeschädigten usw. erreicht die ungeheure Höhe von 900 Mill. M. im Jahr. Dazu treten die neuen Lasten: 400 Mill. M. aus der Arbeitslosenabgabe, 70 Mill. M. aus der Salzsteuer, 100 bis 150 Mill. M. aus der Umsatzsteuer, zusammen mithin 570 bis 630 Mill. M. Die Regierung von Hitler's Gnaden legt den breiten Massen des deutschen Volkes eine Gesamtlast von 1,5 Milliarden Mark auf. Das ist der Höhepunkt der Ausbeutung der breiten Masse des Volkes.

Der Inhalt der neuen Notverordnung ist so aufreizend und die Belastung der Massen so groß, daß wir der Notwendigkeit enthoben sind, diesen frechen Überfall auf die Rechte des Volkes noch näher zu kennzeichnen. Das ist der Anfang einer systematischen Ausplünderung des Volkes durch die Götter der Bestehenden. Möglicherweise derartiges nur, weil viele Enttäuschte glaubten, einer Partei ihre Stimme geben zu müssen, die versprochen hatte, jedem Stand und Beruf Hilfe angedeihen zu lassen. Das Dritte Reich hat mit dieser Notverordnung seine Visitenkarte abgegeben. Der Anfang ist also zu sehen, das Ende noch nicht. Die Reichstagswahl bietet Gelegenheit, begangene Fehler zu korrigieren. Die Arbeiterbewegung muß zum Angriff übergehen. Rückwärts irgendwelcher Art brauchen nicht mehr geißt zu werden. Der 31. Juli ist ein Schicksalstag für das deutsche Volk. An diesem Tage muß den Hitlerbaronen und den Leuten, die sie in den Sattel gesetzt haben, eine Quittung erteilt werden mit dem Erfolg, daß der ganze Spuk um Hitler und Hugenberg für immer verschwindet.

Wie Einheitsfront-Apostel der AGD aussehen!

Bei der Kündigungsaktion unserer Kollegen und Kolleginnen im Berliner Buchdruckgewerbe hat sich das sonderbare Schauspiel gezeigt, daß von den „revolutionären“ und stets von „Kampf“ triefenden kommunistischen AGD-Anbetern die Kündigung nicht eingereicht wurde. Vondem freigewerkschaftlich organisierten Hilfspersonal ist die Kündigung in allen dafür ausersehenen Betrieben restlos durchgeführt worden. Sollten nun die AGD-Strategen etwa die Parole der „Roten Fahne“ vom Freitag, dem 17. Juni, befolgen und den Buchdruck-Unternehmern ein „blutrünstiges Ultimatum“ stellen, dann Gnade den Berliner Buchdruckereibesitzern. Damit bleibt dann aber noch immer für die AGD-Strategen bestehen, daß sie die einseitige Kündigungsaktion durchbrochen haben. Ob das nun „revolutionärer Mut“ oder Feigheit ist, wird die allgemeine Arbeiterschaft zu entscheiden haben. Unsere Mitgliedschaft wird sich durch derartige „Einheitsfront-Apostel“ nicht bei ihrem gerechten Kampf um die Erhaltung der reichstatarischen Lohn- und Arbeitsbedingungen beeinflussen lassen, hat das auch gar nicht nötig, denn dazu ist die AGD. im graphischen Gewerbe viel zu bedeutungslos.

Und dabei gibt es selbst unter unseren Kollegen, die gar nichts von der AGD. wissen wollen, leichtgläubige Naturen, die auf den Einheitsfrontschwindel der kommunistischen Schreier hereinfallen. Ihnen werden hoffentlich jezt, da es ernst zu werden droht, die Augen aufgehen. Es gibt im Arbeitskampf nur eine Einheitsfront, das sind die freien Gewerkschaften, und wer diese meidet und sie wie die Leute von der AGD. zu schwächen versucht, ist ein Feind der Arbeiterbewegung und Helfer der Unternehmer.

Ein Doppelgänger

Von Th. Storm

(Fortsetzung.)

Als wir dann drinnen in dem hügerlich schlichten Zimmer beim Morgentafel saßen, den man für mich aufgehoben hatte, legte der Oberförster sich behaglich in seinen Lehnstuhl zurück. „Christinnen“, sagte er, mich und seine Frau mit einem schelmischen Blide streifend, „ich habe dir einen lieben Gast gebracht, von dem ich gleichwohl weder Namen noch Stand weiß; er mag uns beides sagen, wenn er uns verläßt, damit wir ihn doch wiederfinden können: es ist so tröstlich, auch einmal mit einem Menschen und nicht eben mit einem Herrn Geheimen Oberregierungsrat oder einem Leutnant zu verkehren.“

„Nun“, sagte ich, „ich habe ich nicht zu verbeihlen“, als ich dann aber mit dem Hinzufügen, daß ich ein schlichter Adolot sei, meinen Namen nannte, wandte sich die Frau wie überrast mir zu, und ich fühlte, wie ihre Augen flüchtig auf meinem Antlitz weilten.

„Was hast du, Frau“, rief der Oberförster; „mit ist der Adolot schon recht!“

„Mir auch“, sagte sie und reichte mir eine Tasse Kaffee, dessen Duft mich mit allem unverstanden ich ließ. Sie war noch einmal aufgestanden, lehnte aber, nachdem sie eine Handvoll Brokrumen aus dem Fenster geworfen hatte, auf ihren Platz zurück. Draußen stürzte sich, einem Platzregen gleich, eine Fucht von Tauben von dem Dache auf den Boden herab; aus den Linden vor dem Hause kamen die Sperlinge dazu, und ein lustiger Tumult erhob sich.

„Die haben's aut!“ sagte lachend der Oberförster, mit dem Kopfe nach dem Fenster winkend. „Seit unser Paul in Ruhla ist! Sie kann es nicht lassen, den alleit Hungrigen Brokrumen auszustreuen; sei es nun der Bub, oder seien es nur unseres Herrgotts Kruppenstrei!“

„Aber die Frau lekte ruhig ihre Tasse von dem Munde: „Der Bub allein? Ich dachte, der Vater war auch wohl dabei!“

„Komm, Alte“, rief der Oberförster, „ich merke doch, du bist mir zu geheit; wir wollen Frieden machen!“

Wir plauderten weiter; und wenn das liebe Frauenantlitz sich zu mir wandte, konnte ich es mir nicht veragen, nach bekannten Zügen darin zu sehen; allein obgleich ein paar mal, wie im Fluge, als wolle es mir helfen, das frühere Kinderergötzt mich daraus anzublicken schien, ich mußte mir dennoch sagen: „Die kennst du nicht; du hast sie nie gesehen.“ Ich lautete dann auch ihrer Sprache, aber weber die uns heimische Berwechslung verwandter Vokale noch die von solchen Konsonanten zum Vorzeichen; nur ein paar mal meinte ich das scharfe S vor einem anderen Konsonanten zu vernehmen, dessen ich selbst reichlich immer längst entwöhnt gläubte.

Am Vormittag ging ich mit dem Oberförster in den umliegenden Wald; er wies mir seine Hauptplätze, die mit uralt und mit kaum fingerhohen Eichen, und entwickelte mir einbänglich sein System der Waldkultur; wir sahen einen Hirsch mit sechsigen Enden und ein paar Rehe; aus einem schlammigen Sumpfe schielte sogar der schwarzbraune Borkentopf eines Reifers aus seinen eingegliederten Augen nach uns hinüber. Wir gingen ohne Hunde. „Nur ruhig weiter“, mahnte mein Geleitmann; „und wir kommen ungefährdet wieder nach Hause.“

Nach dem Mittagessen führte mein Wirt mich eine Treppe hoch nach hinten zu in das mir angewiesene Zimmer. „Sie wollten noch Briefe schreiben“, sagte er; „hier finden Sie alles, was dazu nötig ist! Unser Junge hat hier vor dem gewohnt; aber es ist kühl und still!“ Er zog mich an eines der offentstehenden Fenster. „Hier unten sehen Sie ein Stück von unserm Garten, dahinter zieht sich der Teich herum; dann dort die grüne Wiese und dann der hohe dunkle Wald — der schließt Sie vor allem Weltgeräusch! — Nun ruhen Sie vorerst laust nach Ihren Wanderstrapsen!“ sagte er und drückte mir die Hand.

Er ging, und ich tat nach seinen Worten; und die Stimmen der Grasmücken aus dem Garten und des Wirots und der

Falken aus dem nahen Walde und über seinen Wipfeln aus der blauen Luft kamen wie aus immer größerer Ferne durch die offenen Fenster; dann hörte alles auf.

Ich erwachte endlich; ich hatte lange geschlafen; der Wecker meiner Tafeluhre zeigte schon nach fünf; gleichwohl mußte der Brief geschrieben werden, denn ein Knecht sollte ihn um sechs Uhr mit zur Stadt nehmen.

So kam ich erst spät wieder in das Haus hinab. Die Frau fand ich vor demselben im Lindensassan auf der Bank mit einer Fräulein beschäftigt. „Das ist für unseren Paul“, sagte sie wie entschuldigend und schob die Sachen an die Seite; er schlief; er ist noch jung und wild; aber noch mehr gut als wild! — Und Sie haben sezt geschlafen: die Sonne will schon zur Reize gehen!“

Ich frug nach ihrem Mann. Er hat eine Weile geschäftshalber fortmüssen; aber er läßt Sie grüßen; wir sollten nähere Bekanntschaft machen — so hat er mir gesagt — und dort die Schmelze durch die Tannen hinausspazieren; nach der anderen Seite, als wo Sie heute vormittag mit ihm hinaus waren; er wird's uns dort bald finden!“

Wir plauderten aber noch eine Weile, nachdem sie auf meine Bitte ihre müderliche Arbeit wieder aufgenommen hatte; dann, da er nicht kam, erhob sie sich. „Es wird wohl Zeit!“ sagte sie, und ein flüchtiger Not ging über ihr Antlitz. So wanderten wir denn nebeneinander auf dem Wege zwischen den hohen Tannen, dessen eine Seite noch von der Sonne angelehnt war. Unser Gespräch schien ganz erloschen; nur hin und wieder prüfte ich mit einem Blick ihr Profil; aber es machte mich nicht klüger.

„Gekannt Sie, verehrte Frau“, sprach ich endlich, „daß ich die Waldstille unterbreche, es drängt mich, Ihnen ein zu sagen und Ihnen eine Frage vorzulegen; Sie wissen wohl, daß man in der Fremde doch immer heimlich nach der Heimat lücht!“

„Sie nicht.“ „Sprechen Sie nur!“ sagte sie. „Ich glaube nicht zu irren“, begann ich. „Sie schienen überrast, als ich heute morgen meinen Namen nannte. Hatten Sie ihn früher schon gehört? Mein Vater war, wenigstens im Lande, ein bekannter Mann.“

„Sie nicht wieder ein paar mal.“ „Ja, ich erinnere mich Ihres Namens aus meiner Kinderzeit.“

Als ich dann aber meine Vaterstadt ihr nannte, wurden ihre Augen plötzlich starr und blieben unbeweglich auf den meinen ruhen; nur ein paar vorquellende Tränen verdunkelten jezt beide.

„Ich erschrak fast.“ „Es war nicht mein Gedanke, Ihnen weh zu tun“, sagte ich; „aber der Wirt zum Bären, der meine Heimat aus dem Fremdenbuch erfahren hatte, behauptete, wir beide seien Stadtkinder miteinander!“

Sie tat einen tiefen Atemzug. „Wenn Sie daher stammen“, sagte sie, „so sind wir es.“

„Und doch“, fuhr ich etwas zögernd fort, „ich glaube alle damaligen Familien unserer Stadt zu kennen und wüßte nicht, in welche ich Sie hineinbringen sollte.“

„Die meine werden Sie nicht gefannt haben“, erwiderte die Frau.

„Das wäre seltsam! Wann haben Sie denn die Stadt verlassen?“

„Das mag fast dreißig Jahre her sein.“ „Oh, damals war ich noch in unserer Heimat, bevor wir, wie so viele, in die Fremde mußten.“ (Fortsetzung folgt.)

Aus den Zahlstellen

Bilfswerba i. Sa. Drei außerordentlich gut besuchte Mitgliederverammlungen konnte die hiesige Zahlstelle innerhalb 14 Tagen abhalten. In der ersten Verammlung berichtigte Kollege Knud über den außerordentlichen Gau-tag in Dresden und machte die Mitglieder aufmerksam auf den Ernst der Lage, in welche die Hilfsarbeiterchaft durch die ergebnislos verlaufenen Tarifverhandlungen gekommen ist. Schon in dieser Verammlung war sich die Kollegenchaft bewußt, allen Lohnabbaugeflüsten der Unternehmer schärfsten Widerstand zu leisten. Auch die zweite Verammlung, in welcher die bevorstehende Kündigung des Arbeitsverhältnisses bekanntgemacht wurde, zeigte die Mitglieder in geschlossener Abwehrstellung. Am 13. Juni gab der Gau-leiter, Kollege Herrmann (Dresden), einen Bericht über den derzeitigen Stand unserer Tarifbewegung. Die Mitglieder waren vollständig ergriffen. Ein Verhältnis, wie es immer sein müßte. Der Bezirksverein Rauhau im Deutschen Buchdruckerverein hatte am 4. Juni in seiner Verammlung in Bilfswerba einen Beschluß gefaßt, ab 18. Juni den Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen den bisherigen Lohn um 5 Proz. und den Anlegerinnen um 9 Proz. zu kürzen und außerdem noch die Vereinbarung mit den Geßinen durchzuführen. Am Freitag, dem 10. Juni, lag auch prompt die Briefe des Beschlusses bei der Lohnauszahlung im Lohnbeutel. Geßllossen lehnte die Kollegenchaft dieses Anknüben ab und betratete dieses Schreiben als Kündigung ihres Arbeitsverhältnisses. Kollege Herrmann erläuterte noch einmal den Hergang der Tarifverhandlungen. Er gab Aufklärung über die Auswirkung des tariflosen Zustandes und Erhaltungsmaßnahmen zu der nunmehr eintretenden Ausherrung. Die Verammlung spendete reichen Beifall und bekundete, daß sie geschlossen hinter den Maßnahmen des Verbandsvorstandes steht und allen Anweisungen Folge leisten wird.

Bremen. Am Donnerstag, dem 16. Juni, fand im Vereinskaufe der Buchdrucker eine überfüllte Verammlung statt, die sich mit der Stellungnahme zu der Kampfsage der Unternehmer zu befassen hatte. Die erste Lage, gegeben durch die Massenkündigungen, besonders in den beiden Großbetrieben, war gekennzeichnet durch die Anwesenheit unseres Gauleiters, Kollegen Lohse, ferner des Gauleiters der mitbetroffenen Buchdruckerkolleginnen, Kollegen Braß, sowie der jederzeit zughamen Vertreter der hiesigen Ortsgruppe des Graphischen Bundes. Unter besonderer Berücksichtigung der letzten Konferenzen im Gau und in der Zentrale gab Kollege Lohse Bericht über die augenblickliche erste Lage und zog die daraus notwendigen Schlußfolgerungen. Der Ausklang der bewegten Verammlung war getragen von Geschllossenheit und dem festen Willen, unverauswollt nur den Anweisungen und Richtlinien unserer Organisation zu folgen. Die Früchte dieser Geschllossenheit konnten nicht ausbleiben. Die selbst in letzter Stunde scheinbar glückliche Angebote seitens der Unternehmer blieben abgelehnt. Der immer wiederholte Hinweis auf die zentrale Verhandlungsbereitschaft unserer Organisation und das standhafte Verhalten unserer Mitglieder

veranlaßt die Firmen, die bereits ausgesprochenen Kündigungen zurückzunehmen. Die bisherigen tariflichen Verhältnisse bleiben also weiter in Geltung.

Darmstadt. In einer zahlreichen besuchten Versammlung am 15. Juni berichtete der Vorsitzende, Kollege Spiegel, über den Stand der Tarifverhandlungen. Die Lage ist aufs äußerste gespannt. Die Arbeitgeber im Kreis 3 haben den Schlichter von Hessen angerufen, mit dessen Hilfe sie uns zu einem bezirksförmigen Tarifvertrag zwingen wollen. Die erste Verhandlung hat bereits am 10. Juni in Frankfurt a. M. stattgefunden. In dieser Verhandlung zeigten die Unternehmer ihr wahres Gesicht. Ihre Anträge waren folgende: Außer den Bezirksleistungen, die bereits der Manteltarif der Gehilfen enthält, sollen die Hilfsarbeiter weitere Bezirksleistungen aufgebildet bekommen. So wurde neben anderen eine Senkung der Lohnzulage in 23 Orten verlangt und ein Lohnabbau bis zu 6,76 M. wöchentl. gefordert. Bei der Diskussion wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß dieses Angebot abgelehnt werden muß. Wenn die Unternehmer den Kampf wollen, so sollen sie ihn haben, und die graphische Hilfsarbeiterchaft wird zeigen, daß sie trotz wirtschaftlicher Not zu kämpfen versteht. Von seiten der Gehilfen wurde uns nochmals versichert, daß wir ihrer Unterstützung gewiß sein können, wenn es zum Kampf kommen soll. Kollege Menges betonte, in dieser ersten Stunde geschloßen hinter der Organisation zu stehen, nur den Anordnungen des Verbandsvorstandes zu folgen und Mut und Entschlossenheit zu zeigen, so werden wir auch diesen Kampf überwinden.

Dresden. Zur weiteren Information und Aufklärung der Mitglieder fand am 2. Juni wiederum eine Versammlung für das Buchdruckpersonal statt, die ebenfalls sehr stark besucht war. Kollege Herrmann berichtete über die vom Zentralausschuß des Deutschen Buchdruckervereins beschlossenen Maßnahmen und tariflichen Richtlinien. Entsprechend diesen Maßnahmen hat die Dresdener Prinzipalsorganisation versucht, mit uns einen Orts- oder Bezirksrat abzuschießen. Unsere Ortsleitung hat dieses Angebot jedoch rundweg abgelehnt auf Grund der vorliegenden Mitgliederbeschlüsse, nämlich unbedingtes Festhalten an dem Reichstarif. In ausführlicher und aufklärerischer Weise berichtete Kollege Herrmann sehr eingehend über die verschiedenen Taktiken und Schachzüge, die die Unternehmer nacheinander einschlagen werden, und gab hierzu die unerfährten zu ergreifenden Abwehr- und Verhaltensmaßnahmen bekannt. Jetzt gilt es, ein wachames Auge zu haben auf die Erhaltung der erzwungenen Tarifpositionen. Grundbedingung ist, daß Mann für Mann den Anweisungen der Verbandsleitung Folge leistet. Nach einer nochmaligen kurzen Skizzierung der von der Verbandsleitung erlassenen Richtlinien schloß er seine Ausführungen mit dem eindringlichen Appell, in der nächsten Zeit auf der Hut zu sein und sich kampfbereit zu halten, dann werden die Maßnahmen der Buchdruckermeister an dem entschloßenen Abwehrwillen der Hilfsarbeiter zerschellen. Die Diskussion war sehr reger. In dieser kam der begeisterte Kampfeswille zur Erhaltung des Reichstarifs und das unerfährliche Vertrauen zu unserer Verbandsleitung mit einem gleichzeitigen Freuegeldnis zur Organisation zum Ausdruck. Kollege Täubrich berichtete über die Stimmung unserer Arbeitslosen, auf die wir uns im Falle eines Kampfes verlassen können.

Düsseldorf. Außerordentliche Versammlung am 20. Mai. Kollege Mey begrüßte den Kollegen Heilmann sowie die Vorsitzenden der drei Brüderverbände, die eingeladen waren. Er forderte alle auf, die nicht dem Verband angehört, den Saal zu verlassen. Gauleiter Heilmann nahm das Wort zu seinem Vortrag über die Lohnverhandlungen. Er besaß sich eingehend mit dem Schiedspruch über den Reichstarif und mit den Lohnabbauforderungen der Unternehmer, die jetzt versuchen, die Löhne ortsweise festzulegen. Würde ihnen das gelingen, wäre es mit dem Reichstarif für immer vorbei. Kämen wir den Wünschen des DVB nach, dann hätten wir auf dem Niveau der Vorkriegszeit. Sollten Kündigungen erfolgen, so sind diese durchzuführen. Die Buchdrucker haben sich uns solidarisch erklärt und wollen mit keinem Streikbrecher zusammen arbeiten. Der Referent erklärte zum Schluß, er sei überzeugt von unserem Sieg, nur sollten wir treu zur Organisation stehen. Lebhaften Beifall fand der Redner bei unseren Kollegen. In der Diskussion erklärten die Vorsitzenden der Buchdrucker sowie der Buchbinder, daß sie unseren Kampf unterstützen würden; denn einmal müßte dem Lohnraub Einhalt gesetzt werden. Sodann sprachen noch fünf Kollegen. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende nochmals, die Ruhe zu bewahren, und schloß die Versammlung.

Erfurt. In der überfüllten Mitgliederversammlung am 17. Juni sprach nach einem Hinweis auf das Fest der Arbeit, zu welchem unsere Erwerbslosen Freiarten erhalten, Kollege Wambacher über die Situation im Buchdruckgewerbe. Er verlas die ihm kurz vor Versammlungsbeginn zugegangene Einladung zur Tarifverhandlung vor dem Schlichtungsausschuß Erfurt, Termin am 27. Juni. Der Bezirk Thüringen ist als erster mit in den Kampf einbezogen worden. Wiederholt wurden Termine zu treffen und Verhandlungen vor dem Schlichter angelehrt, aber wir verweisen stets an den Hauptvorstand, der allein zuständig ist. Laut „vertraulichen“ Rundschreiben der Prinzipalsverbände, in welchen unwahre Behauptungen über das Nichtzustandekommen des Reichstarifs enthalten sind, empfehlen die Unternehmer, Kündigungen der Einzelarbeitsverträge vorzunehmen. Auch geben sie offen ihre Freude über die Zerfallung des Reichstarifs zu. Da die geplante Lohnföhrung bis zu 28 Proz. betragen soll, warnte Kollege Wambacher davor, auf irgendwelche Angebote der Unternehmer einzugehen oder gar eine Unterfrist zu geben. Auf der Gauleiterkonferenz ist nun beschloßen worden, unsererseits zum Angriff überzugehen. Die Kollegen der Großstädte wollen ihre Provinzkollegen nicht im Stich lassen. Da ein Schlichtungsverfahren vor dem Reichsarbeitsministerium läuft, ist in den nächsten Tagen mit einer Entscheidung zu rechnen. Die Kollegenchaft von Erfurt ist nach wie vor einmütig entschloßen, den Kampf weiterzuführen und keinen Lohnabbau über sich ergehen zu lassen. An alle Unorganisierten richtete Kollege Wambacher den Appell, in letzter Stunde dem Verband beizutreten. Gerade die Vorkommnisse in letzter Zeit haben bewiesen, daß der Verband mehr denn je Lebensnotwendigkeit der graphischen Hilfsarbeiter ist.

Frankfurt a. M. Der Kampf um die Erhaltung des Reichstarifs ist in ein Stadium gekommen, wo wir zur größeren Aktivität übergehen müssen. Die Zahlstellenleiter erhielten am 12. Juni durch den Gauleiter Kenntnis, daß

der Kreisverein III des DVB, den Schlichter für Hessen-Kassel angerufen hat und ihm einen Tarifentwurf vorlegte, der in schamloster Weise dem Hilfspersonal alle bisherigen beruflichen Rechte und Bindungen untergräbt. Über solche Anträge ist überhaupt nicht zu verhandeln. Für uns gibt es nur die zentrale Gestaltung der Berufsfrage. Die graphische Hilfsarbeiterchaft ist nicht des Willens, in der jetzigen Notzeit sich auch nur das Geringste entziehen zu lassen. Die einzelnen Mitgliedschaften stehen hinter den Beschlüssen der Organisationsleitung. Es wird sich zeigen, wer in diesem Kampfe die Nerven behält. — Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Zahlstelle Frankfurt a. M. nahm am 16. Juni zur augenblicklichen Situation des Tarifkonflikts Stellung. Der Vorsitzende, Kollege Kalb, schilderte die Anträge der Unternehmer, die sie durch den bezirksförmigen Schlichter der Kollegenchaft aufzuzwingen versuchen. Der hierauf geforderte Lohnabbau soll für Hilfsarbeiter pro Stunde 14 Pf. = 6,76 M., die Woche, für Angelernten pro Stunde 12 Pf. = 6,24 M., die Woche, für Hilfsarbeiterinnen pro Stunde 12 Pf. = 5,76 M., die Woche in der höchsten Staffel betragen. Empörung Zwischenrufe ließen erkennen, daß die Kollegenchaft bereit ist, gegen solchen brutalen Unternehmerwillen Front zu machen. Ein hiesiger Unternehmer glaube, seine Mut gegen die Arbeiterchaft in dem Auspruch auszudrücken: „Es wird ihm Freude machen, wenn das neue Gewerkschaftshaus in Flammen aufgehe und unsere Führer drin schmoren sähe.“ Nach der regen Diskussion wurde der Beschluß gefaßt, daß die Kollegenchaft der Großbetriebe die Kündigung einreicht. Die Leibeshaftigkeit Ausprüche und die Stimmung der Versammlung war das beste Zeichen für einen solchen Kampfsitz. Diese Feststellung machten auch die anwesenden Vertreter der Brüderverbände, die die schon abgegebene Solidaritätserklärung der Gehilfenchaft nochmals unterfristen. Die kommenden Parlamentswahlen müssen das Spiegelbild dessen sein, was jetzt an der gesamten deutschen Arbeiterchaft vorgenommen wird. Graphische Kollegenchaft! Eure Stimme nur der Partei, die gemeinsam mit den freien Gewerkschaften auch das erringen laßt, was jetzt so fallschönig abgekauft werden soll.

Hannover. Mitgliederversammlung am 16. Juni. Auf den Einladungszettel zur Versammlung stand der Vermerk „Höchste Alarmbereitschaft“. Dieser Hinweis bewirkte eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung. Kollege Sparfuchs referierte über den Beschluß in der Gauleiterkonferenz, Redner schilderte den schweren Druck, den die kleineren Ortschaften durch die Unternehmer auszuhalten haben. Verbandsvorstand, Beirat und Gauleiter haben beschloßen, die Kollegenchaft zur geschloßenen Abwehr aufzufordern. Unser Abwehrkampf wird sich hauptsächlich in den Großdruckorten auswirken. In der Ausgabe über die von der Verbandsleitung getroffenen Maßnahmen konnte man mit Stolz Kampfesstimmung und Kampfeswillen der Mitglieder feststellen. Alle Kollegen erklärten einmütig, daß sie mit dem Beschluß der Gauleiterkonferenz vollständig einverstanden sind und ihn restlos durchzuführen werden.

Königsberg i. Pr. In zwei gut besuchten Versammlungen nahm die Königsberger Kollegenchaft Stellung zu unserer Tarifbewegung. In der ersten, am 23. Mai, sprach der Vorsitzende über „Der Lohnraub der Unternehmer an der Hilfsarbeiterchaft“. Er schilderte die Manteltarifverhandlungen vor dem Schlichter und auch die weiteren. Die Königsberger Kollegenchaft war sich nach Bekanntwerden der Unternehmerentscheidungen darüber einig, daß dieser Schlag mit allen Mitteln abgewehrt werden muß, denn gerade die ökonomischen Unternehmer sind die erbittertesten Feinde des Reichstarifs. Die zweite Versammlung fand am 7. Juni statt, in der der Vorsitzende den Bericht über die Situation in unserer Bewegung gab. Auch hier verurteilten die Unternehmer, den Anweisungen ihres Hauptvorstandes folgend, in Verhandlungen über den Abschluß eines Ortsstarifs mit unserem Ortsvorstand zu treten. Dieses wurde glatt abgelehnt. Darauf erfolgte sofort die Anrufung des Schlichtungsausschußes. In der Sitzung wurde von uns die Zuständigkeit bewiesen und ein entsprechender Antrag gestellt, auch wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß wir unter keinen Umständen die alten Lohnsätze in einen Ortsstarif aufnehmen würden. Es geht uns um die Erhaltung des bisherigen Reichstarifs. Die Unternehmer wollten dem Schlichtungsausschuß einreden, daß das Buchdruckgewerbe und in der Hauptsache die Zeitungsbetriebe das öffentliche Interesse erwecken und deshalb vor einem Kampf bewahrt bleiben müssen. Nach einmütigstündiger Beratung hatte der Schlichtungsausschuß beschloßen, daß er sich in unserer Streikfrage für zuständig hält. Die Verhandlungen mußten aber vertagt werden, weil vorher unter den Parteien keine Einigungsverhandlungen stattgefunden hatten. Den Schlichtungsausschuß muß klargestellt werden, daß sie durch die Zustimmung zu einer Verschlechterung der Löhne Zehntausende von Arbeiterinnen und Arbeitern in noch größere Not stürzen. Hinzu kommt noch, daß jeder noch Beschäftigte ein, zwei und mehr Familienangehörige, die arbeitslos sind, mit zu unterhalten hat, wodurch der Staat nicht nur neu belastet wird, sondern auch an Einnahmen von Steuern und sonstigen Abgaben einbüßt. Von dieser Lohnsenkung hat die Öffentlichkeit bestimmt keinen Nutzen. Es werden dadurch bestimmt keine Druckmaschinen, keine Zeitungsabonnements und auch keine Inkrate billiger. Der Ausnieder ist einzig und allein der Arbeitgeber, der den Lohnabbau nur für seine persönlichen Zwecke verwenden würde. Wenn die Mitgliedschaft nicht wünsche, so fürchte der Vorsitzende weiter aus, daß die Löhne ganz erheblich verschlechtert werden, so dürfen sich auch einzelne Mitglieder nicht dazu verleiten lassen, Lohnvereinbarungen mit den Unternehmern zu treffen. Nur getreu den Anweisungen des Verbandsvorstandes folgen, so wird auch der Sieg nicht ausbleiben. Zum Schluß wies der Vorsitzende noch auf die veränderte politische Lage in Deutschland hin. Wenn die Arbeiterchaft die Gestaltung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse selbst in die Hand nehmen will, so ist der Zeitpunkt durch die Auflösung des alten und die Wahl des neuen Reichstages gekommen.

Diepen. Die stark besuchte Versammlung am 11. Juni besaß sich mit der tariflichen Lage. Gauleiter Kollege Reinhold berichtete über die Tarif- und Lohnverhandlungen. Durch die Rundschreiben des Verbandsvorstandes und des Gauwes waren die Kollegen über die Verhandlungen stets unterrichtet. Kollege Reinhold konnte sich darum ausführlicher mit den Auswirkungen dieser unerhörten Lohnabbauforderungen der Unternehmer befassen. Den Forderungen sagt die Kollegenchaft den härtesten Kampf an. Wir stehen geschloßen hinter der Verbandsleitung. Drückliche oder bezetr-

liche Lohnvereinbarungen lehnen wir ab und fordern reichstärkliche Vereinbarungen. Die Buchdrucker-Gehilfenchaft ist über unsern Kampf unterrichtet und versichert uns ihre Unterstützung. Nach dem Referat des Gauleiters wurden einige Ortsangelegenheiten erledigt. Erster Vorsitzender Kollege Brandt verlas ein Rundschreiben, welches sich mit der NSD. (nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation) befaßt. Hier zeigen die Nazis wieder einmal ihr wahres „arbeiterfreundliches“ Gesicht. Die Betriebe zu erobern, um so den gewerkschaftlichen oder, wie die NSD. schreibt, den marxistischen Einfluß in den Betrieben zu brechen, wird an dem entschloßenen Kampfwillen der gesamten Arbeiterchaft scheitern.

Rundschau

Sechzig Jahre Lederarbeiterverband. Der Deutsche Lederarbeiterverband feiert am 2. August d. J. sein 60jähriges Gründungsjubiläum. Der Lederarbeiterverband ist aus der Verschmelzung von drei Verbänden hervorgegangen. Am 1. Juli 1893 trat der Zentralverein der Gerber und Lederarbeiter zum Lederarbeiterverband über, und am 1. Juli 1909 verschmolz sich der im Jahre 1869 gegründete Handschuhmacherverband mit dem Lederarbeiterverband. Von dem Genossen Mähler, dem Vorsitzenden des Lederarbeiterverbandes, ist zum Jubiläum des Verbandes und gleichzeitig für den im August stattfindenden 20. Verbandstag eine kleine, hübsche Broschüre herausgegeben worden. Auf 21 Seiten wird textlich, durch Tabellen und Diagramme eine konzernierte Übersicht über die Gründung, Fortentwicklung und Tätigkeit des Lederarbeiterverbandes gegeben. Bei der Vereinigung der Ledergerber mit dem Lederarbeiterverband im Jahre 1893 zählte der Verband 2600 Mitglieder, die sich bis zum Jahre 1914 auf 16 048 Mitglieder vermehrten. Vom Handschuhmacherverband waren 3017 Mitglieder bei der Verschmelzung zum Lederarbeiterverband übergetreten. Am Schluß des Jahres 1931 hatte der Verband 31 426 Mitglieder. Während der Lederarbeiterverband im Jahre 1894 eine Einnahme von insgesamt 87 245 M. im Jahre hatte, betragen die Einnahmen im Jahre 1931 insgesamt 1 132 885 M. Im Jahre 1929 sogar 1 548 205 M. Das Unterhaltungsweisen des Lederarbeiterverbandes zeigt die allgemeine Entwicklung von der Reifeunterstützung zur Erwerbslosenunterstützung. Seit 1925 ist die Invalidenunterstützung obligatorisch eingeführt. Alle Unterhaltungen zusammen ergeben im Jahre 1931 eine Ausgabe von 739 594 M. Der Lederarbeiterverband hat sich aus kleinsten Anfängen zu einer Kampf- und Schutzorganisation der Lederarbeiter und Handschuhmacher emporgearbeitet. Hier feiert ein Berufsverband, der nicht mit großen Mitgliederzahlen prunken kann, aber zu den besten Organisationen des DGB zählt. Er hat für seine Berufsangehörigen in sechs Jahrzehnten Verpfändnisse geschaffen, auf die seine Leitung und alle Lederarbeiter stolz sein können. Wir wünschen dem Jubilär weiter eine gute Aufwärtsentwicklung.

Nur noch geringe Entlastung des Arbeitsmarktes. Für jeden Freund des deutschen Volkes ist es schmerzhaft, zu erfahren, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit bereits Anfang Mai eine Verlangsamung erfahren soll. Und doch ist es so. Nach den Meldungen der Arbeitsämter ging die Arbeitslosigkeit vom 1. bis 15. Mai um 64 000 zurück. Der Rückgang im Monat April 282 000 betrug, so ist bereits eine merkliche Verlangsamung der Besserung des Arbeitsmarktes eingetreten. Wir müssen wohl aber übel dünkeln rechnen, daß die Arbeitslosigkeit in den nächsten Wochen bereits wieder zu steigen beginnt. Wir sind um eine Woche ärmer geworden. In ihrer neuesten Notverordnung rechnet die Reichsregierung mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenziffer im Jahre 1932 in Höhe von 5,9 Millionen. Damit wird sie ungefähr das Richtige getroffen haben. Wir müssen uns aber darüber klar sein, was ein Fortbestehen einer so hohen Arbeitslosigkeit für die deutsche Wirtschaft und nicht zuletzt auch für die Arbeiterbewegung bedeutet.

Billige Urlaubstage gewährleistet die Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H., Sitz Jena, Marienstraße 4. Gezwungen durch die heutige Zeit sind die Ferienspreisen in unseren Heimen am 5. Juni erneut ermäßigt worden. Sie sind jetzt so gestellt, daß sie als durchaus erfrischend bezeichnet werden können, betragen sie doch nur 3,50 bis 4 M. Außerdem gewähren wir noch 3 Proz. Rückvergütung, die für den nächsten Aufenthalt gutgeschrieben werden, so daß der eigentliche Preis für die Pension nur 3,40 bis 3,90 M. ausmacht. Unsere Heime haben nur Einzelzimmer mit einem, zwei und drei Betten. Die Ausstattung ist angemessen. Die Lage der Heime reizvoll. Fordern Sie bitte unseren Prospekt, wir übersenden ihn gern (kostenlos) und erteilen bereitwillig Auskunft. Anfragen bitte Rückporto beilegen.

Literatur

„Landmann erwacht“ Unter diesem Titel unterrichtet eine neue 10-Pf. Broschüre des Dieb-Verlages in ebenso gründlicher wie eindrucksvoller Form über die wichtigsten Punkte der agrarpolitischen Arbeit der Sozialdemokratie. In glänzender Weise werden die Bedingungen und Aufgaben der nationalsozialistischen Hebe abgelehnt. Die Broschüre ist vielleicht das Beste, was für Zwecke der Kandidatur geschrieben worden ist und sollte im bevorstehenden Wahlkampf in jedem Bezirk in Massen vertrieben werden.

„Das Selbstbild der Gewerkschaft und seine gesellschaftlichen Grundlagen.“ Von Professor Dr. J. Schmal, Urania-Verlagsbuchhandlung, m. b. H., Jena, Prof. Dr. 1,30 M., in Umschlag 1,30 M., Verlagsgewinn 3,40 M.

„Gedächtnis.“ Zeitschrift für geistuelle Lebensführung des deutschen Volkes. Herausgeber: Hans von Dönners, Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Auch die Juni-Ausgabe der „Gedächtnis“, der an den kassenhaltenden Kollegen des Monatschrift des Berufsständigen Volkes, ist im wesentlichen dem Sommerheft gewidmet. „Die Sommerhefte für Frauen“, herausgegeben von der „Gedächtnis“-Redaktion, sind ebenfalls erschienen. Die geistuelle Lebensführung des deutschen Volkes ist die Aufgabe der „Gedächtnis“-Zeitschrift. In jeder veränderlichen und eindrucksvollen Weise wird unter der Überschrift „Die Kranke alle anders nicht“ die Bedeutung des für die Kassenangehörigen geltenden Schutzes abgehandelt. So enthält auch diese Nummer eine Fülle von Anzeigen.

Für die Woche vom 19. Juni bis 25. Juni ist die Beitragsmarke in das 26. Heft des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schuler, Charlottenburg, Weichselstraße 5. Fernruf: Amt Westend 1928. — Verlag: S. Rodig, Charlottenburg. Herausgeber: Verband der graphischen Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Verbandsvorstand: Charlottenburg 6, Weichselstraße 5. — Druck: Wandruckwerkstätte GmbH, Berlin SW 61, Dreihöfenstraße 5.